

Soziale-Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

werd. 6. Tgspost. 38mm br. Rotom...
11 Uhr, für die Sonntag-It. abda...
o Uhr, Abbestellungen, sonst p...
lässig, müssen schriftlich erfolgen.
Erfüllungsort: Halle. Erstaus...
1891. 2. mal, Sonntag 1mal. Schrift...
1. a. Gruppe-Geschäftsstelle Halle,
Neu Promenade 18, St. Braun...
banstr. 17. Neben-Geschäftsst. 11...
März 22 und Große Ulrichstr. 52.

Bezugsspreis

für Halle monatlich für zweimaligen
Jahreszahlung 1.40 Mark, vierteljährlich
4.20 Mark, durch die Post 4.65 Mark
auswärts. Zustellungsgeld. Be...
stellungen werden von allen Reichs...
postanstalten angenommen. Im
amtlichen Zeitungsverzeichnis unter
Soziale-Zeitungsbezug. Für ver...
langt eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellen...
angabe „Soziale-Zeitung“ gestattet.
Fernruf der Geschäftsleitung Nr. 1140,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133,
Postkassen-Konto Leipzig Nr. 4009.

Nr. 444.

Halle, Sonnabend, den 21. September.

1918.

Weitere U-Boot-Beute an Amerikas Küste

Mehrere feindliche Angriffe an verschiedenen Stellen der Westfront abgewiesen.

Amtlicher Bericht der Heeresleitung.

WTB Großes Hauptquartier, 21. September.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Westlich von Metz wurde ein belgischer Teilangriff abgewiesen. Keine Erkundungstätigkeit zwischen Eys und Scarpe. Bei Moevecht englische Batterien, die nördlich von La Bassée vorrückten, machten wir 30 Gefangene.

Heeresgruppe B e h r.

Zwischen Bouzancourt und der Somme zeitweilig starke Artillerietätigkeit. Ein englischer Teilangriff nordwestlich von Bellouart scheiterte vor unsern Minen. Südlich der Somme nahmen wir unsere noch weit vor der Stellung belassenen Bortruppen auf diese zurück und räumten somit auch Esigny-le Grand.

Heeresgruppe Deulher Kronprinz.

Zwischen Marquillon und Tony folgten am Abend heftigem Feuer feindliche Angriffe. Auf dem Höhenrücken westlich von Tony sah die Feind-Panzer, im übrigen wurde er abgewiesen.

Heeresgruppen Falkow und Albrecht.

Keine besondere Gefechts-tätigkeit.
Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Erfolge an Amerikas Küste.

Wien, 21. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Deutsche U-Boote versenkten an der Atlantischen Küste der Vereinigten Staaten die Dampfschiffe „Rade Eldo“, dessen Tonnage nicht angegeben ist, „Westbridge“ (8000 Tonnen) und „Cbeer“ (7300 Tonnen). 19 Mann der Besatzung kamen ums Leben.

Ein Dampfer mit vier Torpedos.

WTB. Paris, 21. Sept. Der Dampfer „Admiral Charner“ ist auf dem Wege von Mexiko nach Vitoria mit 174 Mann an Bord und einer Ladung Vieh und Material am 13. September torpediert worden. Bis auf sechs Personen wurden alle getötet.

Clemenceau hält die Erörterungen für abgeschlossen.

Zürich, 21. Sept. (Privattelegramm.) „Corriere“ meldet aus Paris: Clemenceau hält die Erörterungen in dem österreichisch-ungarischen Friedensschritt für abgeschlossen. Der Präsident stellt es dem Ermessen Dethleffers anheim, ob es auf die Rede Clemenceaus eine Erwiderung geben will. Der Ministerpräsident begab sich mit dem Präsidenten am Sonntag in die besetzten Gebiete.

WTB. Amsterdam, 19. Sept. Nach einer Reuters-Meldung aus London schreiben die „Times“, daß in den diplomatischen Kreisen der Alliierten mit Rücksicht auf die Friedens-offensive der Mittelmächte die Frage erwohnen wird, ob es nicht zweckmäßig wäre, für diplomatische Anlegenheiten eine ähnliche Einheitsfront zu bilden wie für die militärischen, und zu diesem Zweck eine diplomatische Zentralstelle, eine bei diplomatischen Angelegenheiten, zu errichten. Dafür wäre notwendig, eine bestimmte Friedenspolitik der Alliierten als Grundlage für die Diplomatie festzulegen.

Frankreichs Sozialisten gegen Clemenceaus Rede.

Basel, 21. Sept. (Privattelegramm.) Der Schweizerische Botschafter meldet aus Genf: Die in Aussicht gestellte starke Bewegung der Sozialisten beider Nationen in Frankreich, die eine ernste Prüfung der österreichischen Note verlangen und gegen den von Clemenceau in der Kammer angenommenen Standpunkt gerichtet ist, legt nun nach dessen Kammerrede mit Recht ein, ohne daß man daran natürlich die Hoffnung auf eine ernste Wendung der Dinge knüpfen darf. Wie verlangt, teilt auch die Gruppe der sogenannten Regierungsozialisten den Standpunkt Clemenceaus nicht.

Handschreiben Kaiser Karls an den Papst

Basel, 21. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) „Ananti“ veröffentlicht eine Mitteilung der römischen Agenzia-Zensurale, wonach die Wiener Note am Mittwoch mittags im Vatikan eintraf und von einem Kaiserlichen Beamten Kaiser Karl an den Papst beglückwünscht wurde. Kaiser Karl erinnert den Papst in diesem Briefe an die vom Vati-

kan bereits unternommenen Friedensschritte und verweist ihm, daß die Mittelmächte von dem besten Wunsch befehle seien, den Konflikt zu beenden. Der Kaiser wird jedoch keinerlei Andeutungen, in welchem Sinne die verschiedenen Fragen bei Verhandlungen gelöst werden könnten. Der Papst habe Brief und Note aufmerksam gelesen, jedoch vermie den, irgend eine Ansicht zu äußern.

Heeresreise der italienischen Presse.

Zürich, 21. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Soweit sich die italienische Presse noch mit der österreichischen Note beschäftigt, gerichtet es immerhin unter schroffer Ablehnung und den größten Heheleien. Die gesamte Presse ist beauftragt von der Rede Clemenceaus und steht damit die ganze Affäre als erledigt an. „Corriere“ ist böse, weil die Note an die Deswegenheit gelangte, bevor sie von den beteiligten Stellen jugestellt war. „Giornale d'Italia“ jagt über die Haltung der Mittelmächte, der Papst werde nichts tun, bevor die Antwort des Verbandes vorliegt. Eine Unternehmung des österreichischen Vorschlags durch die Mitte müßte als ein gegen den Verband gerichteter feindlicher Akt beizutragen werden.

Staatssekretär von Hinge in München.

München, 21. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Der Staatssekretär des Äußeren, Herr von Hinge, ist heute vormittag in München eingetroffen. Er wurde am Bahnhof im Auftrag des Ministerpräsidenten von Dankl von dem Begleitstab begrüßt. Hinge, früher von dem preussischen Geheimrat Geheimrat von Treutler und anderen Herren empfangen. Staatssekretär von Hinge stieg vor mittags dem Staatsminister von Dankl einen Besuch ab und wurde um 12 Uhr vom König in längerer Audienz empfangen.

Keine Regierungskrisis in Budapest

WTB. Budapest, 20. Sept. (Meldung des U. L. Telegr. A. B.) Die in letzter Zeit aufgelauchten Zeitungsgerüchte über eine Regierungskrisis werden von zuständiger Seite als plumpe Erfindung bezeichnet.

Britische Einberufungen.

Basel, 21. Sept. (Privattelegramm.) „Morning Post“ meldet, das britische Kriegsamt gibt weitere 85 000 Einberufungsbefehle zum 1. Oktober aus.

Der französisch-russische Geheimvertrag.

Zürich, 21. September. (Eigene Drahtnachricht.) Der „Zeits“ veröffentlicht Auszüge aus dem französisch-russischen Geheimbündnisvertrag, der in den nächsten Tagen im Licht der Welt bekannt gemacht wird. Darunter befindet sich der Wortlaut des Abkommens, das im Dezember 1893 zwischen den beiden Mächten über gegenseitige militärische Hilfe in Zeit aus geschlossen wurde, sowie eine Note des damaligen französischen Außenministers Ribot vom 1891, wonach dieser darlegt, daß die vorliegende Veränderung des Dreibundes neue Verhandlungen zwischen Deutschland und England einer engeren Zusammenkühlung zwischen Frankreich und Rußland notwendig machen.

Englands Beziehungen zu Rußland.

Zürich, 21. Sept. (Privattelegramm.) Der „Corriere“ meldet aus London: Die russische Regierung hat das Ultimatum der englischen Regierung vom 15. d. M. nicht erwidert. Eine Freilassung der englischen Staatsangehörigen in Rußland ist nicht erfolgt. Die englische Regierung betrachtet nunmehr ihre formellen Beziehungen zu der jetzt russischen Regierung für abgeschlossen.

Vorbereitung auf neue Kämpfe.

Basel, 21. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) „Zeit Neu“ meldet von der Front: Uebliche Vorbereitungen bereitet auf neue Kämpfe, vor, wovon der dritte Teil der neuen Offensive beginnen würde. Ein Armeebefehl des Generalissimus Joch erklärt den Truppen das feindliche Friedensangebot und mahnt zur Anspannung aller Kräfte für die ferneren Aufgaben.

Zum Tode des Prinzen Erich von Schweden.

WTB. Stockholm, 20. Sept. (Meldung des Svenska T. B.) Die Königin sowie Prinz Wilhelm hielten sich bis zum Augenblick des Todes des Prinzen Erich im Krankenzimmer im Schloß Drottningholm auf. Der Besuch des Königs in Koppenhagen zu der am 26. September stattfindenden Geburtsfeier des dänischen Königs, sowie der Besuch des Königsregenten in Lund am 27. September anlässlich des Unionsfestes, Aufstimmens ist ausgefallen.

(Letzte Depeschen siehe auch Seite 3.)

Berlin I.

In Berlin tobt der Wahlkampf um das Mandat des verstorbenen Reichstagspräsidenten Kampff. Er vollzieht sich unter Umständen und er wird in einer Weise geführt, daß man glauben könnte, der Völkerring läge schon lange hinter uns und sei nur noch eine böse Erinnerung. Bunt ist bereits richtig gestellt worden, daß der verdiente Bobenreiter Damalsherr sich nicht für eine bürgerliche Gegenkandidatur mißbrauchen läßt, doch stehen sich immer hin noch drei Kandidaten gegenüber: Der Fortschrittler Kempner, der Mehrheits-Sozialdemokrat Heymann und der unabhängige Sozialist Richard Müller. Dazu kommt anscheinend noch der auch-Fortschrittler Brejin und — damit der Humor nicht fehlt — der Kandidat des Klubs Tada. Auf einige der unerfährten Begleitumstände dieser Wahl soll hier in Kürze hingewiesen werden.

Bedauerlich ist, daß die Wahl eines Volksvertreters einzelnen Menschen geeignet erscheint, um eine kleine Zirkusvorstellung zu inszenieren. Es ist höchst unerfreulich, zu sehen, wie ein Klub — der „Tada“ — in einer lo fürchterlich ersten Zeit keine andere Beschäftigung findet, seinen Humor, oder was man in Berlin darunter versteht, an den Mann zu bringen. Nicht weniger unerfreulich ist es, daß Berliner ernst zu nehmende Zeitungen, während sie zu gleicher Zeit über Papiernot klagen und pomps die Zahl der Literate angeben, die sie angeblich wegen Platzmangel nicht aufnehmen konnten, Platz finden für die Wagsattel dieses „Klubs“ und in dessen Wochenblätter unterrichten und Vorhuch leisten.

Es ist kein gutes Beispiel, das von der Reichshauptstadt gegeben wird, indem man sich keinen Deut um den Bürgerfrieden kümmert. Die Mehrheits-Sozialdemokratie kann die Aufstellung eines eigenen Kandidaten nicht damit entschuldigen, daß die „Unabhängigen“ den Wahlkampf begonnen haben. Bei der ganzen Politik im Reiche und in Preußen sollte es als selbstverständlich angesehen werden, noch dazu im Rahmen des Bürgerfriedens, daß sich Sozialdemokratie und Fortschrittliche Volkspartei nicht bekämpfen. Der innerpolitische Gegner ist heutzutage, nicht in der Mitte der Mehrheitsparteien, die sich gemeinsam bemühen, um im Reiche und in Preußen entschiedene liberale Politik zum Durchbruch zu verhelfen. Es kann die Geschlossenheit nicht gerade erhöhen, wenn sich die Mehrheitsparteien untereinander bekämpfen zu einer Zeit, wo sie auf die Auflösung des preussischen Abgeordnetenhauses warten, um gemeinsam die Reaktion des Reichstages-Parlaments zu brechen. Und besonders sollte man dieses schlechte Beispiel nicht von einem Berliner Wahlkreise ausgehen, der immer und von vornherein die erhöhte Aufmerksamkeit im ganzen Reiche finden wird. Disziplin ist nicht nur innerhalb der politischen Parteien eine Notwendigkeit, sie ist auch ein Erfordernis bei einer Gruppe von Parteien, die für getrennte Ziel gleiche Ziele im Auge haben. Der Hinweis auf das Vorkommen der „Unabhängigen“ vermag an dieser Beurteilung nichts zu ändern.

Diese haben bei ihrer Wahlbewegung unerhörtes Glück. Sie haben in ihrer am Donnerstag abgehaltenen Wählerverammlung eine unerwartete Unternehmung erhalten. Darauf nämlich läuft das Verbot des Austritts des Abgeordneten als Redner in den Versammlungen der Unabhängigen hinaus. Wir können das Verhalten des Berliner Polizeipräsidenten nicht anders als einen schweren Mißgriff bezeichnen. Die Unabhängigen bieten durch ihr Verhalten während des Krieges Stoff zur agitatorischen Bearbeitung genug. Man hätte die Bekämpfung ihres Kandidaten gestraft den übrigen Parteien überlassen dürfen, ohne daß die Polizei durch ihr gegen Halle gerichtetes Verbot in den Wahlkampf eingriff. Welche prächtige Waise ist nicht dieses Verbot für die Unabhängigen? Es konnte etwas Besseres gar nicht passieren. Würde man auf dem Berliner Polizeipräsidenten ein ganz klein wenig nachgedacht haben, hätte man unmöglich zu diesem Mißgriff kommen können. Wir können uns auch leicht denken, was der Berliner Polizeipräsident, der dann für den sattem bekannten Wolf Hoffmann nicht zu sprechen war, mit seinem Verbot bezweckte: Die agitatorische Beteiligung Haales in Berlin kann schließlich doch nicht verhindert werden. Und glaubt der Polizeigewaltige der Reichshauptstadt den Geist Haales zu bekämpfen, wenn er den Träger nicht reden läßt? Nun, es gibt andere Mittel und Wege, um diesen Geist ins Volk zu tragen. Wird das überflüssige Verbot aufgehoben, dann gibt es — dank der Polizei-Neckheit — gewiß in Berlin keinen Saal, der groß genug wäre, um die Förer zu fassen, die zum größten Teil reine Reugierde zu Halle trieb! Bedauerlich ist das Vorge-

tommt auch beschaf, weil die Unabhängigen daraus einen Wahlkampfgrund herleiten könnten. Und soll fragen wir weiter, Berlin I einen Vertreter immer erst nach mehrfachen Neuwahlen finden, wie das bisher der Fall war? Einzelne Mitglieder werden es offenbar nie lernen, wie man eine obrigkeitliche Interaktion des äußeren Realismus vermeidet.

Und endlich sind die Vorgänge in der Berliner Fortschrittlichen Volkspartei höchst unerfreulich. Die Kampagne, die der definitiven Aufstellung eines Kandidaten voranging, war geeignet, weite Teile der Bevölkerung des einzigen Wahlkreises, der in Berlin noch im Besitze einer bürgerlichen Partei war, zu verärgern. Die Schuld liegt gewiß nicht auf einer Seite. Die Leiter der Berliner Partei tragen ihr rechtlich Teil an der Schuld und ebenso auch die liberale Presse, die zu einem Teile sogar jetzt noch nicht begriffen hat, daß nach einem obrigkeitlich herbeigeführten Vorbeistreichen unbedingt Abjüngung zu wahren ist. Der Streit, ob eine Kandidatur Dernburg einer solchen Kampagne vorzuziehen wäre, ist heute mißig. Gewißlich muß heute Kampagne werden, nachdem er einmal von der Parteiverammlung aufgestellt worden ist. Daß das bürgerliche Demokratische, die sonst bei Provinz zu schmelzern suchen, erst gesagt werden muß, ist besonders bedauerlich. O. H.

Adolph Hoffmanns „strategischer Rückzug“

Der Landtagsabgeordnete Adolph Hoffmann, der in der letzten Wählervermittlung der Unabhängigen Sozialdemokratie, wie berichtet, verhaftet worden sollte, läßt dem „Berliner Tagblatt“ folgende Mitteilung:

Berlin, 20. September 1918.
In Ihrer Abendnummer vom 20. d. M. wird in dem Beilagen-„Politik und Weltanschauung“ zu dem Anfang des Artikels gesagt, die Wählervermittlung sei „nach bewährlichen Grundsätzen der politischen Auffassung verfahren“. Das ist unrichtig. Die Verammlung hätte meinen Bericht über meine Teilnahme im Parteiprogramm mit bewanderten Worten nahe an; ich ersuchte, die richtige und treffende Antwort auf diesen neuen Beweis der Verstellung in Preußen-Deutschland bei der kommenden Reichstagswahl zu geben. In diesem Augenblicke läßt der überwiegende Beizug auf, und erst jetzt machte ich die bezügelnde Erregung der obren jeden ersichtlichen Grund in einer Wählervermittlung das zweite Mal um ihr Recht gebrauchten Wählerleistung.

Schließlich will ich noch bemerken, daß, als ich durch das Gedränge im Saale von dem Ueberrauschen, das meine Verhaftung ohne jeden Grund vornehmen sollte, abgelenkt war, ich natürlich keine Ursache hatte, der Untüchtigkeit der Verhältnisse des Abgeordneten Vorstich oder durch mein Verhalten Beizüge zu leisten, sondern ich „sag mich vom Feinde un bemerkt“ strategisch flug zurück. Ich hoffe, daß Sie Ihren Lesern von diesen nicht uninteressanten Tatsachen Kenntnis geben.
Hochachtungsvoll
Adolph Hoffmann,
Mitglied des Abgeordnetenhauses.

England unter Wilsons Oberhoheit.

Die sonst so entzweitend orientierte holländische Zeitung „Leidich“ dagab, vom 18. September schreibt über die Haltung Amerikas zur Interalliierten Friedensnote: „Man muß wohl sehr überzeugt von der eigenen Vortrefflichkeit und Unfehlbarkeit sein, um mit so großartiger Gedärbe, wie es Wilson tat, eine Konferenz zurückzuweisen. Eine Konferenz hätte doch, wenn sie auch nicht zum Frieden führt, besseres gegenseitiges Verständnis zur Folge haben können. Welche Gefahr kann Österreichs Vorschlag einer Besprechung in sich bergen? Welche Fälle wird gestellt? Stellt sich die Möglichkeit, daß die zur Katastrophe aufsteigenden Kräfte, wenn sie erst Frieden geschlossen haben, nicht mehr zu bewegen sein werden, den Krieg auszudehnen? Wenn hierin wirklich die Ursache der Missetaten liegt, dann ist es mit der Haltung der Alliierten auch nicht mehr so glänzend bestellt, wie Sagan und Reuters es uns unvorsichtig darzustellen versuchen. Die wirtschaftliche Triebkraft der Alliierten und hauptsächlich Amerikas ist die Angst vor dem Zerfallen. Der Traum eines amerikanischen Weltimperiums, das das britische Kaiserreich weit hinter sich lassen wird, kann nur verwirklicht werden, wenn der Krieg noch lange Zeit fortgesetzt wird. Dann wird Europa in ausgeblutet, so physisch und geistig verarmt, so abfolgt abhängig von den Vereinigten Staaten sein, daß es seine Rolle in der Welt ausgeübt haben wird. Amerika aber wird sich in dieser Zeit solcher Machtstellung bewußt haben, daß alle Bedingungen, selbst seitens Japans, in nichts reifen. Bereits jetzt beginnt England, am Gängelband Wilsons zu laufen. Und in Frankreich vollzieht sich die „friedliche Eroberung“ mit großer Schnelligkeit.“

Begen die Diplomatie der Geschwindigkeit

Motterdam, 20. Sept. „Es ist vielleicht großartig, in einer halben Stunde einen Friedensvorschlag zu beantworten, aber im Kriege ist es keine Zeit und Weile.“ Mit diesen Worten wiederholt Ramin MacDonald die Ansicht, die der frühere französische Minister Albert Thomas schon vorher auf dem Alliierten und Sozialistenkongress über die schnelle Ablehnung der Interalliierten Note durch Amerika geäußert hat. Auch Thomas hatte gesagt: „Wir bewundern wohl die schnelle Methode uneres amerikanischen Freundes auf dem Gebiete der Industrie, aber in der Diplomatie ist angewandete Zeit nicht gleichbedeutend mit verdorbener Zeit. Wenn die Alliierten ein paar Tage länger miteinander gesprochen hätten, dann hätte das vielleicht sehr viel Nutzen gebracht.“

Diese beiden Ansprüche der bedeutendsten englischen und französischen Arbeiterführer waren in den Reuters-Ausgüssen nirgends zu finden.

In Amerika ist man dagegen, wenn man dem Berichterstatter der „Times“ glauben darf, mit dieser Geschwindigkeit selbst einverstanden. Man preißt sie als echt amerikanischen Beweis dafür, daß Washington sich nicht an der Kasse herumflicken sollte.

Wozu die Eile?

Berlin, 20. Sept. „Het Nieuws van den Dag“ vom 18. Sept. schreibt in der Morgenausgabe: „Gomoff aus Eng-

land wie aus Amerika ist bereits die Antwort auf Österreichs Note früher als man erwarten konnte, eingetroffen. Man fragt sich, wozu die große Eile der Entente dienen soll? Zu nichts anderem, als um zu verhindern, daß Friedensgedanken und Friedenshoffnungen in das Ententeheer eindringen und erschöpfenden Einfließen haben werden. Würde solche Ueberleitung richtig sein, wenn teine Gefahr der Erschlaffung bestände? Alle Völker verlangen nach Frieden, nicht nur die Mittelmächte, nicht nur die notleidenden Neutralen, sondern ebenso die Ententevölker und nicht am wenigsten derjenige Teil des Volkes, der die Katalanen aus dem Jenseit holen und sein Blut auf dem Schlachtfelde opfern muß.“

Der Kaiser über die Bedeutung der Presse.

Budapest, 20. Sept. An den Präsidenten des Budapest Journalisten Vereins, Budapest, Marcus, ist heute folgendes Telegramm ingetroffen:

„Großes Saupiquartier, 19. September. Seine Majestät der Kaiser von König haben sich die Begrüßung der mit den deutschen Pressevertretern freundschaftlich vereinten ungarischen Journalisten- und Schriftsteller-Vereine und ihrer Mitarbeiter in der ungarischen Presse sehr gefreut und danken vielmals für die Bekundung des entschlossenen Willens zur tatkräftigen Hilfe an der Festigung der Heimatsfront der ungarischen Ehre und Freiheit kämpfenden Brüdervölker. Seine Majestät erkennen die hohe Bedeutung der Presse und ihrer vaterländischen Aufgaben gern an und wünschen, daß ihrer selbstwählenden Arbeit auch fernherhin gelingen möge, das Vertrauen zu unserer gerechten Sache und die einmütige Entschlossenheit zu der unbedingten Eingabe an das Vaterland zu stärken. Bei Einholung aller einheimischen Presse wird die Regierung nicht überlassen und ein ehrenvoller Friede erlangen werden. Auf Allerhöchsten Befehl: Geheimere Kabinetsrat von Berg.“

Der „Ernst der Stunde“

Unter dieser Ueberschrift schreibt der „L.-A.“ über die Umbildung der Regierung:

Mittlerweile sollen die Dinge bereits so weit geblieben sein, daß die Mehrheitsparteien uneingeschränkt zur Bildung einer parlamentarischen Regierung schreiten wollen, die in voller Unabhängigkeit vom Großen Saupiquartier die Politik führen soll, die der Ernst der Stunde erfordert. Zu diesem Zweck soll der Artikel 9 der Verfassung, der bestimmt, daß kein Mitglied des Reichstags zugleich dem Bundestate angehören kann, jetzt endlich über Bord geworfen werden, voraus dem Einleitungs zweier dreier Sozialdemokraten in die Regierung nichts mehr im Wege stehen würde. Der Ernst der Stunde hat das Jenseit übernehmen und als Nachfolger der Grafen Hertling hat man den Grafen Rasborsky-Rankau in Aussicht genommen, der sich vorläufig immer noch mit dem Gesandtenposten in Kopenhagen beschäftigt muß.

Deutsche Tapferkeit vor der Siegfriedstellung.

Berlin, 20. Sept. Ein Beispiel für die Geschicklichkeit und Tapferkeit, mit der die deutsche Infanterie vor der Siegfriedstellung kämpft, bilden die Geschehnisse bei Moeuvres, die die Engländer bereits zu Beginn des Monats abgeschlossen melkten. Mehrfach verstanden es deutsche Stoßtruppen, in die von den Engländern besetzten Dorfströmern vorzudringen, die Engländer schwer zu schädigen und Gesangene zurückzubringen. Am 19. Sept. wurden in Moeuvres ein Offizier und 50 Mann gefangen. Als die Engländer am Abend schweres Feuer auf den Ort legten, wichen die schwachen deutschen Positionen an dem Diktande aus. Die von den Engländern zur „Eroberung“ des Dorfes angelegten starken Kräfte ließen ins Meer.

Nicht weniger glänzend schloßen sich die deutschen Truppen während dieser Tage. Am Abend des 18. Sept. fiel schließlich der Straßengastan-Charanion Schifferkollortretter Schönfelder und Regelmittel Uebek mit 8 Mann in die französischen Stellungen vor und brachten einen Offizier und 20 Mann gefangen zurück.

Die französisch-englischen Bestechungsgelder in Rußland.

Petersburg, 20. Sept. Die „Pravda“ bringt weitere Enthüllungen über die Beteiligung der Entente an den Verschönerungen gegen die bolschewistische Regierung. So haben sich die französische und englische Helandtschaft durch Zahlung bedeutender Summen an einem Unternehmen der Kabanen beteiligt, dessen Hauptzentrum sich in Petersburg befand und das sich über das ganze Nordrussland erstreckte. Aus einem Archiv der tschechisch-bolschewistischen kommunistischen Partei geht weiter hervor, welche Summen die englischen und französischen diplomatischen Vertreter gezahlt haben, sowie wie die Empfänger sind. Im ganzen sind von der französischen Regierung 111 888 000 Rubel und außerdem eine hohe Summe von dem englischen Konsul gezahlt worden. Auch wurden bei höchsten chemischen Offizieren und Zivilbeamten, die im Norden auf dem Wege nach Archangelst als Beweise verbleibt mit falschen Dokumenten gefaßt wurden, viele Bestechungen gefunden, wonach sie von den Engländern Geld erhalten haben. Die Offiziere hatten den Aufstand in Wolgoda vorbereitet sollen.

Rumänien als neutrale Macht.

Bukarest, 19. Sept. In der rumänischen Kammer interpellierte der antikomunistische Abgeordnete Cusa die Regierung über das Gerücht von dem Einmarschen einer rumänischen Armee in der Ukraine. Weiter verlor Cusa einen im Regierungsorgan „Steuag“ erschienenen Artikel, worin der Antikommunist Rumänien an die Mittelmächte verlangt wird. Cusa erwidert darin sowie in der Abtretung von 12 000 Waggons Getreide aus Beharabien an die Mittelmächte eine Verletzung der Neutralität. Eine Neutralitätsverletzung liegt auch in der Abtretung eines Munitionsmagazins in Buzau vor.

Ministerpräsident Marghiloman erklärte, daß niemals von Rumänien verlangt worden sei, militärisch in der Ukraine eingegriffen. Er fuhr fort:

„Wir können auch nicht in die inneren Angelegenheiten dieses Landes gerade eingreifen, wo wir mit der besten freundschaftlichen Beziehungen aufzuweisen wollen. Was den Artikel im „Steuag“ betrifft, so erklärte ich mich

mit meinem Inhalte vollkommen einverstanden. Bedeutet es etwa eine Verletzung der Neutralität, wenn man sich den Ländern nähert, mit denen man gefest im Kriege war und mit denen man grandlebende, durch die geographische Lage des Landes gebotene Beziehungen haben will? Was die Getreidebesetzung angeht, so wurde verhandelt, daß die Mittelmächte 12 000 Waggons Getreide kaufen könnten. Als aber infolge mangelhafter Bewachung der Grenze am Dniepr ukrainische Kaufleute in Beharabien ungebeten Karotte ankaufen, waren die deutschen Behörden kaum imstande, den vierten Teil des ukrainischen Getreides erhalten zu lassen.“

Cusa machte uns ferner zum Bewußt, daß wir unseren früheren Feinden ein Munitionsdopel bei Buzau abgetreten hätten. Selbst wenn dies richtig wäre, würde es keine Verletzung der Neutralität darstellen. Wir würden uns damit nur an die Bestimmung des Sanger Vertrags halten, der einem neutralen Staate gestattet, einem anderen Staate Munition abzutreten. Dieses Vorgehen wurde ja auch längere als anderthalb Jahre von den Vereinigten Staaten geübt. In Wirklichkeit haben wir aber keine Munition abgetreten. Das Munitionsdopel in Buzau ist von unseren Truppen beim Rückzuge nach der Moldau mitgenommen worden.“

„Ich werde unsere Haltung freier Neutralität gewissenhaft wahren“, fuhr der Ministerpräsident fort, und unterließ sich von meinem Vorgänger keine bemerkenswerte Regierung und werden für jede Aktion die Zustimmung des Parlamentes einholen. Ich verhoffe Sie aber, daß Sie für den Augenblick keinerlei Grund zur Reumütigkeit haben.“

Die engen Beziehungen zwischen Deutschland und der Ukraine.

Kiew, 20. Sept. Aus autoritativer Quelle erfährt „Golos Kiew“, daß der Besuch des Seimans in Deutschland äußerst günstige Resultate für den ukrainischen Staat gebracht habe. Ungeklärte Fragen der inneren und internationalen Lage sind für die Ukraine günstig gelöst. Die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Ukraine haben volle Festigung erhalten. Die Beziehungen zwischen der deutschen und ukrainischen Regierung haben den Charakter fester und dauernder Freundschaft angenommen. Dem ukrainischen Staate ist weitgehende Hilfe beim Staatenbau und der Herstellung normaler Lebensbedingungen versprochen worden.

Das aus Rußland entfernte Gold.

Moskau, 19. Sept. Die „Pravda“ bringt folgendes Telegramm des Leiters des Militärforums Sebebow an das Komitee der Konstituante am 22. August über den Verbleib des aus Rußland entfernten Goldvorrats von Rußland:

„Ich bestätige, daß gegenwärtig der Wltanoporus Rußland geborenen Goldvorrats beendet ist. Ich habe aus Rußland abgeführt: an Gold 657 Millionen Rubel nominell (nach jetzigem Werte 6 1/2 Milliarden Rubel), 100 Millionen Rubel Papiergeld, für angekauft Summen alleehand andere Werte, Borräte von Platina und Silber.“

Deutsches Reich.

Dr. Michaelis über das Genossenschaftswesen.

Der Oberpräsident der Provinz Hannover, Dr. Michaelis hat, wie die Deutsche landwirtschaftliche Genossenschaftspress“ mittelt, neuerdings bei verschiedenen Gelegenheiten Veranlassung genommen, sich anerkennend über das Genossenschaftswesen zu äußern. Einmal gefaßt dies bei einem Empfang von 31 Kurländern, mit denen sich Dr. Michaelis über die kulturelle Hebung Kurlands und seiner Landwirtschaft unterhielt. Er führte in dieser Besprechung aus:

Die Erleichterung des Landes durch Veredelungsarbeiten, die Kultivierung weiter Flächen, die innere Belebung — sind die ersten wirtschaftlichen Aufgaben, vor denen Sie stehen. Aber Sie fordern auch Sicherheit. Da ist der Sicherheit schaffende, der eminent produktive Gedanke der Genossenschaftsform die Lösung. Hundert Männer, die sich genossenschaftlich zu einem produktiven Unternehmen zusammenschließen und von ihrem Vermögen zusammen eine Million als Kapitalsumme zeichnen, haben bei richtiger Organisation einen Kredit von zehn Millionen, und ihre Meliorationen sind produktiv. Jede Veredelungsmaßnahme, jede Entwallung, jede Moorflur, jede Drainage ist bei richtiger innerer Belebung produktiv.

Eine zweite Gelegenheit, sich über die Bedeutung des Genossenschaftswesens zu äußern, fand sich gelegentlich des Verhandlungs der Wirtschaftskreditanstalt in Hannover und der Generalversammlungen der Wart in Steinhilber. Der Oberpräsident sagte u. a.:

„Ich sehe immer im Genossenschaftswesen die auf dieser Erde mögliche Verwirklichung geländer, flittlicher, wirtschaftlicher Bestrebungen. Das Genossenschaftswesen hat im Kriege zweifelslos wieder, und zwar in herorrauchender Weise, seine Existenzberechtigung bewiesen. Ich darf Ihnen hier sagen, daß ich an Anfang des Krieges lebhaft Sorge gefaßt habe, ob das Genossenschaftswesen überdauert in der Lage sei, seine Pflicht zu erfüllen. Ich fürchtete, daß bei dem harten Ansturm auf die Mittel des Genossenschaftswesens, der die selbstverständliche Folge des Kriegesgeschehens sein mußte, die Kräfte nicht ausreichen würden. Sie wissen es alle, daß anfanglich wohl Anstöße zu solchen Bewegungen vorhanden sind, aber dann hat die Ruhe einsetzt. Die genossenschaftliche Sehung, die hat gewirkt, und wir haben das Wunderbare erlebt, was wirtschaftlich die größten Kenner uneres Wirtschaftslebens nicht zu hoffen worten, daß wir im Kriege ein weiteres geordnetes wirtschaftliches Leben, in eine gewisse Weise haben werden. Wir müssen uns darauf rüsten, daß nach dem Kriege aus unerhörte Fortschritten auch an Sie gestellt werden, an Ihre Organisations. Es wird auf diesem Gebiet nach Kriegsende eine derartige Anpassung aller wirtschaftlichen Kräfte, auch der finanziellen natürlich, eintreten, von der wir uns vielleicht jetzt noch keine Vorstellung machen können. Sie sind sicher, Ihre Reaktionen so stark wie möglich halten und vor allen Dingen den inneren Zusammenhalt pflegen.“

53 Millionen Leertungsgelder für häußliche Beamte.

Infolge der anhaltenden Leertung hat der Berliner Magistrat der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage über Gewährung einer einmaligen Leertungszulage und einmaligen Kriegshilfe für die häußlichen Angestellten zusammen lassen. Die Zulagen für die Beamten betragen zusammen 74 Millionen Mark, jene für die Hilfskräfte und Arbeiter 11 Millionen Mark; hierzu kamen die Zulagen für die in Ruhestand befindlichen Beamten und Hinterbliebenen.

Über 100 Millionen ausgeglichen werden. Ein schließlich der bereits bewilligten 33 Millionen Mark stellt sich die Gesamtsumme der Kriegszulagen für häußliche Angestellte auf über 53 Millionen Mark.